



Stadt Eschweiler
Der Bürgermeister
501 Abteilung für Integrationsangelegenheiten

03.11.2006

Vorlagen-Nummer

149/06

1

Sitzungsvorlage

Datum: 20.04.2006

Beratungsfolge			Sitzungsdatum	TOP
1. Kenntnisgabe	Integrationsrat	öffentlich	22.06.2006	
2. Kenntnisgabe	Sozial- und Seniorenausschuss	öffentlich	28.11.2006	
3.				
4.				

Vorstellung Arbeitskonzept Integration in Eschweiler

Beschlussentwurf: Der Integrationsrat nimmt die Arbeitsgrundlage der Verwaltung für ein Konzept zur sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration von Zuwanderern zur Kenntnis und diskutiert Inhalte.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt ☐ gesehen ☐ vorgeprüft		Unterschriften 	
1	2	3	4
☐ zugestimmt ☐ zur Kenntnis genommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgestellt	☐ zugestimmt ☐ zur Kenntnis genommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgestellt	☐ zugestimmt ☐ zur Kenntnis genommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgestellt	☐ zugestimmt ☐ zur Kenntnis genommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgestellt
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
☐ einstimmig ☐ ja	☐ einstimmig ☐ ja	☐ einstimmig ☐ ja	☐ einstimmig ☐ ja
☐ nein	☐ nein	☐ nein	☐ nein
☐ Enthaltung	☐ Enthaltung	☐ Enthaltung	☐ Enthaltung

A) Sachverhalt:

Das Zuwanderungsgesetz des Jahres 2005 war, trotz mancher Gründe zur Kritik, ein historischer Schritt voran. Deutschland erkennt erstmals an, was über fünfzig Jahre Realität war und ist, Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Viele Zugewanderte haben ihren Integrationsweg zwar auch ohne Gesetz alleine gefunden. Vielen aber sind die Benachteiligungen auf diesem Weg ohne gezielte Förderung bis heute, auch statistisch abbildbar, anzumerken. Das reicht von mangelnder sprachlicher Kompetenz als Voraussetzung für die soziale Integration über Rückstände in der beruflichen Qualifikation bis hin zu der aus beidem resultierenden Benachteiligung am Arbeitsmarkt und einer überproportional hohen Arbeitslosenzahl.

Die Wende zur konzeptorientierten Integrationspolitik als gesetzlichem Auftrag hat viele damit beschäftigte Institutionen auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen vor schwierige, komplexe Aufgaben gestellt.

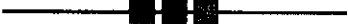
Die Stadt Eschweiler gehört traditionell zu den Kommunen, die seit Jahren positive Arbeit im Umgang mit Zuwanderern betreibt. Es wurde 1995 ein Ausländerbeirat gewählt, Flüchtlingsarbeit wird seit Beginn der neunziger Jahre sozialarbeiterisch unterstützt, Verwaltungskräfte werden im Erwerb interkultureller Kompetenz extern und intern seit 2002 geschult und eine eigens zu diesem Zweck gebildete dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe ist aktuell weiterhin mit der interkulturellen Öffnung der Verwaltung befasst, seit November 2004 existiert der Integrationsrat als politische Institution der gemeinsamen Integrationsbemühungen von gewählten Migrantenvertretern und Ratsmitgliedern aller im Rat vertretenen Parteien, seit Januar 2005 gibt es eine Abteilung für Integrationsangelegenheiten als Verwaltungsorganisationseinheit, im April 2005 wurde ein Integrationsbeauftragter bestellt. Diese Aufzählung gibt nur einen kleinen Ausschnitt der Aktivitäten im Rahmen von Integrationsarbeit wieder, auf das Stadtgebiet verteilt wird sehr viel mehr positive Unterstützung für Zugewanderte angeboten.

Der Bürgermeister der Stadt Eschweiler hat den Integrationsbeauftragten und die ihm in der Integrationsprojektarbeit zugeordnete Gleichstellungsbeauftragte mit der Dokumentation, Situationsanalyse, Bündelung und Vernetzung von Aktivitäten und anschließender Aufstellung eines ersten Arbeitspapiers zur Integration in Eschweiler beauftragt. Mit Schreiben vom 22.09. 2005 beantragten die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Eschweiler ein „Gesamtkonzept zu entwerfen, damit gezielte und geplante politische Maßnahmen und Handlungsfelder zur Integration entwickelt werden können“.

Im Folgenden wird das dem Verwaltungsvorstand präsentierte Arbeitskonzept vorgestellt und zur Diskussion im Integrationsrat ergänzend bei Bedarf durch die Verwaltung erklärt. In der dynamischen Entwicklung eines Gesamtkonzepts zur Integration von Zuwanderern in Eschweiler, soll das vorgelegte Arbeitskonzept als Diskussionsgrundlage für die Politik ein vom Rat der Stadt Eschweiler zu verabschiedendes Handlungskonzept vorbereiten.



Integration in Eschweiler



Arbeitskonzept

vorgelegt von

Sigrid Harzheim/Gleichstellungsbeauftragte
und
Jürgen Rombach/Integrationsbeauftragter



Leitlinien

- 
- Leitbild (Ziele)
 - Gender Mainstreaming als Leitprinzip
- 



Ziele

- 
- Zuwanderern soll eine Existenz ermöglicht werden, die auf **Gleichberechtigung, Selbständigkeit** und einem größtmöglichen Maß an **Unabhängigkeit** basiert.
- 



Ziele

- 
- Bei gleichzeitiger Pflege der eigenen **Kultur (Identität)** soll Zuwanderern die **Demokratie** unseres Landes, seine **Werte** sowie lokale Möglichkeiten für **bürgerliches Engagement** vermittelt werden.
- 



Ziele

- 
- Alle kommunalen Maßnahmen und Dienstleistungen sind **interkulturell, geschlechtergerecht** und – soweit möglich – **sozialraumorientiert** anzulegen.
- 



Gender Mainstreaming als Leitprinzip

- 
- Es ist erklärtes Ziel bei der Entwicklung des Integrationskonzeptes, die unterschiedlichen Lebenslagen, Bedürfnisse und Wünsche von Frauen und Mädchen, aber auch von Männern und Jungen mit Migrationsgeschichte grundsätzlich in allen inhaltlichen Bereichen sichtbar zu machen.
Dies stellt einen neuen Ansatz dar, die durchgängige Berücksichtigung des Handlungsprinzips „Gender Mainstreaming“ in der kommunalen Integrationsarbeit.
- 



Handlungsfelder



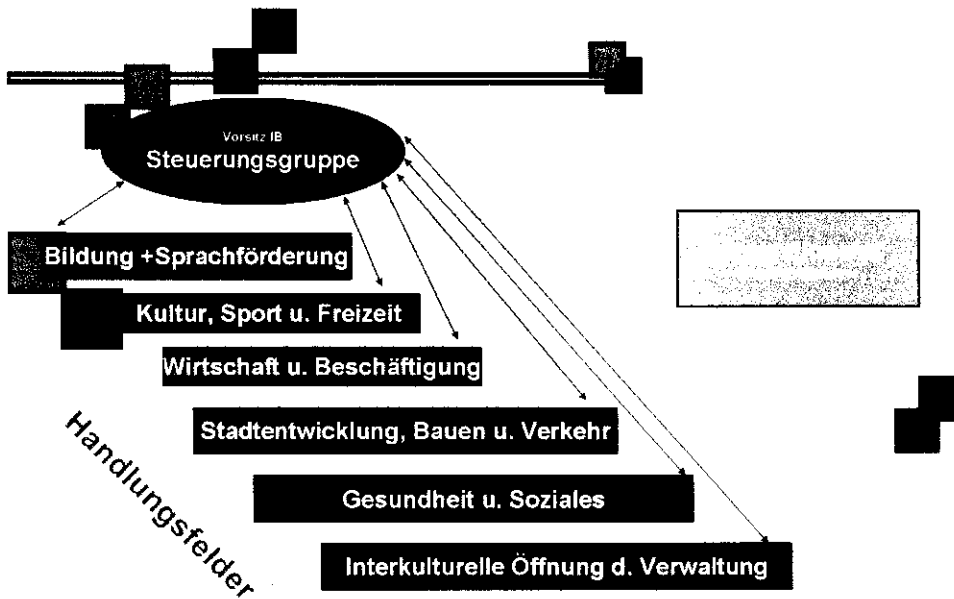
Voraussetzungen



- Situationsanalyse
 - Datenlage
 - Bestandsaufnahme
 - Vernetzung
- 

Wirkungsfelder mit Indikatoren

- Lebensbedingungen
 - Bildungsabschluss
 - Erwerbstätigkeit
 - Wohnsituation
- Soziale Interaktion
 - Kontakte
 - Politische Partizipation
- Werte und Orientierungen
 - Familiäre Orientierung
 - Identifikation
 - Identität



Aufgaben der Steuerungsgruppe

-
- Vernetzung (Gremienarbeit)
 - Öffentlichkeitsarbeit Kommunal, Kreis, Land, Euregio
 - Erstellung Ist-Analyse
 - Aufbau Datenbank
 - Bestandsaufnahme bisheriger Maßnahmen u. Aktionen
 - Umsetzungsstrategien Gender Mainstreaming
 - Erarbeiten der Indikatoren zur Erfolgskontrolle
 - Koordination des Planungsprozesses
 - Beratungsfunktion
 - Sicherstellung des Informationsaustausches
 - Multiplikatoren für Ausschüsse und Rat
 - Aufbereitung der in den AG's entwickelten Konzepte zur Vorlage an Ausschüsse und Rat

Erarbeitung von Handlungsempfehlungen

- Arbeitsgruppen (entsprechend der Handlungsfelder)

➡ **Zeitraumen: 1 Jahr**

Umsetzung (Projektarbeit)

➡ **Finanzierung**

Controlling

- Regelmäßige Qualitäts- und Erfolgskontrolle in Form von Jahresberichten

B) Rechtslage:

Im Artikel 1 „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)“ ist das „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG)“ normiert. Der § 45 AufenthG (Integrationsprogramm) macht Aussagen zur Aufstellung eines bundesweiten Integrationsprogramms. Die Rolle kommunaler Integrationskonzepte als einer Grundlage zur Aufstellung eines solchen Programms wird hier betont.

C) Finanzielle Auswirkungen:

Abhängig von der Beschlusslage des Rates der Stadt Eschweiler zu einem kommunalen Integrationskonzept, können finanzielle Auswirkungen derzeit nicht seriös prognostiziert werden. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass ein zukünftiges Handlungskonzept zur Verbesserung der Integration von Zuwanderern in Eschweiler den Einsatz finanzieller Mittel notwendigerweise bedingt.

D) Personelle Auswirkungen:

Eventuell notwendige personelle Verstärkungen der Abteilung für Integrationsangelegenheiten sind gleichfalls abhängig von einem zukünftigen Ratsbeschluss in der Angelegenheit.